

mes, Daily Chronicle, sind sehr zufrieden. Das britische Kapital hat seinen Vertrauensmann in der Person des Vorsitzenden der Jagdber Börse und Direktors der Jagdber Compte-Bank, des Kroaten Sceliga in der Regierung. Die Militärs, welche das Kabinett beherrschen, haben nun ein Regime, das dem Finanzkapital der Großmächte entspricht, mit esserner Faust durchzuführen. Und mit zufriedenem Grinsen wird begrüßt, daß die ersten Gesetze sich mit voller Wucht gegen die werktätigen Massen richten und in ihrer Tragweite sogar das bulgarische Schiedsregime zu übertreffen geplant sind.

Wenn man in der französischen und englischen Presse Meldungen und Andeutungen vom „Sprung ins Dunkle“ liest, darf man sich nicht täuschen. Die Warnungen richten sich nicht gegen die Diktatur, sondern nur dagegen, daß vielleicht der König Alexander und die Militärfamilie ihre Ausgabe nicht erfüllen: ein Einvernehmen zwischen großbürgerlichen und kroatischer Bourgeoisie herzustellen, so daß Jugoslawien nicht nur ein guter Platz für Geschäfte, sondern auch eine zuverlässige Waffe gegen die Sowjetunion werde.

In dem gleichen Maße, in welchem die Entente-Imperialisten zum Krieg gegen die Sowjetunion rüsten, Militärpatte, wie den zwischen Polen und Rumänien, lancionieren, in Afghanistan Feuer legen — und Großbritannien hat dort seine Sache noch leidenschaftlich aufgegeben —, folgt die Sonderregierung ihre unerschütterliche Friedenspolitik. Alle Provokationen der Kriegshäher prallen von ihr ab.

Der Vorschlag der U.S.S.R. eines Antikriegspaktes an Polen und Rumänien, welche den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, und die Ablösung des gleichen Vorschlags an die übrigen Randstaaten und Rumänien, wenn diese den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben werden, hat in den Staaten, die den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten, ein hysterisches Geister hervorgerufen. Während Litauen dem Vorschlag der Sowjetunion zustimmt, zertifiziert die polnische Presse über „diplomatische Hölle, Masnöde der Röntinen“ usw. Der Dieb weiß es diesmal nicht mehr als sonst zu schreien: „Halten den Dieb!“. Polen wendet sich stets an seinen rumänischen Verbündeten, um die Maßnahmen zur Abwehr eines solchen Friedensantrags zu beraten.

Der Temp, das Organ der Schiller-Piasten-Polen, gerät aus aller diplomatischen Fassung und schreit läpp und klar, daß „die russische Formel... unannehmbar für jede, ganz gleich welche Macht ist, die Verbindungen mit anderen Nationen hat“.

Aber selbst die großbürgerliche deutsche Presse, wie die Kölnische Zeitung oder die D.A.Z. können nicht umhin, die ehrliche Friedenspolitik der Sowjetunion zu betonen. Der Umstand, daß die deutsche großbürgerliche Presse derzeit, vor den Reparationsverhandlungen, ein wenig gegen die Westmächte manövriert, verhindert nicht den Wert ihrer Feststellungen, sondern gibt ihnen eben die Möglichkeit, einmal die Tatsache beim Namen zu nennen. Die ganze außenpolitische Rundschau der D.A.Z. vom 10. Januar ist eine Darstellung der aktiven und großzügigen Friedenspolitik der Sowjetunion, wobei natürlich bei ihrer Begründung durch die D.A.Z. das falsche das Wahre überwuchert. Zugleich muß die D.A.Z. offen von den drohenden Absichten Großbritanniens und Japans“, von der „Militärität Polens und Rumäniens, hinter der sie (die Staatsmänner von Moskau) den imperialistischen Willen Frankreichs fühlen“ sprechen. Ebenso von der Wählarbeit Großbritanniens, Frankreichs, Polens in der Sowjetunion und in Sommetutschland, wie das „im Donnerstag und zahlreichen Spionageprozessen deutlich genug in Erscheinung getreten ist“. Endlich auch von den sich organisierten Antiluwatelschlägen der kleinen Entente. Demgegenüber betont die gleiche Zeitung, daß der Friedensvorschlag der Sowjetunion keine Freiheit, sondern ehrlich gemeint ist, ebenso wie die Würstigungsvorschläge.

Darum heulen eben die Imperialisten über die Friedensvorschläge der Sowjetunion, weil ihr verbrecherisches Treiben dadurch entlarvt und die Sowjetunion als Friedenshort der Werktätigen auf der ganzen Welt erscheint.

Kommunistischer Antrag gegen neue Mieterhöhungen!

Eingegangen im Sächs. Landtag am 7. Januar 1929.

Wie aus neuerlichen Zeitungsmeldungen hervorgeht, plant die Reichsregierung eine neue Erhöhung der Wohnungsmieten.

Für die ländliche Mieterchaft bedeutet eine solche Miet erhöhung eine weitere Belastung von einigen Millionen.

Wir beantragen deswegen:

Der Landtag wolle beschließen;

- Die Regierung zu erläutern,
1. bei der Reichsregierung gegen die geplante neue Miet erhöhung zu wirken,
2. ihren Vertreter anzuziehen, im Reichsrat gegen jede Miet erhöhung zu stimmen.

Dresden, den 6. Januar 1929.

Rennert
und die übrigen Mitglieder der Kommunistischen Landtagsfraktion.

Spartafus bei der Jugend

Von Max Barthel

Max Barthel ist heute im Käfigtheater aus eisernen Waffen. Ihm, der heute elstere Wahrzeichen jener SPD-Jugend, die in Komödien Weile bis zum Durchzug aufzuhören, sei zum Dank ein Haß Pfeil und Bogen, ehemaliges Glaubensbekenntnis zur Kommunistischen Partei, der Wahl Deutschlands, erhalten. „Gott, long ago...“

Heute kommt Spartafus zu euch. Sieben junge Genossen und sieben junge Genossinnen. Ich bin in den Zuchthäusern, Kerker und Käfigen gewesen und habe gehaust und gelitten wie die Kameraden in der Gefangenschaft. Wie waren das bittere Zuchthausbrot und die dünnen Zuchthausuppsche Schweine, aber unsere Herzen sprachen. Wir sahen an den Weißbüschen, und unter Mund schwieg. Aber das Herz sprach. Wir sahen uns an und da las jeder klar und eindeutig:

„Nur Mut, Genosse!“

Wir nüchten uns zu: „Nur Mut, Genosse!“ Wir schielten los, dieses sanfte Lächeln im Zuchthaus! und das Lächeln sagte: „Nur Mut, Genosse!“

Wir drückten uns verstohlen die Hände. „Nur Mut, Genosse!“

Manchmal schwiegen wir auch, wo wir hätten reden können.

Rechts knöpfte wie die Wände ab und sprach so mit den Genossen. Wir knöpfen: „In Berlin ist neuer Streit“, und das Herz logte: „Nur Mut, Genosse!“

Wir knöpfen: „Die tote Fahne weht wieder hoch und rot“, und das Herz sagte: „Nur Mut, Genosse!“

Wir knöpfen: „Hoch Liechtenstein und Luxemburg“, und immer lagte unser Herz: „Nur Mut, Genosse!“

Ja stand mit Eugen Levin an der Mauer und rief wie er, in die mörderische Sache: „Hoch die Weltrevolution!“ Und wo immer Genossen und Genossinnen für die heilige Sache starben; in Österreich, in Deutschland, in Russland, in Amerika, in Spanien, in der Schweiz und in Italien; immer hielt ich sie brüder-

Der mitteldeutsche Schiedsspruch

Die amtlichen Schlichter sehen die von Seering eingeholagte Methode fort, in ihren Sprüchen nur der geringe Zahl der Zeithörer Lohnabnahmen von einigen Personen zugutezuholen. Bei allen Schiedssprüchen der letzten Zeit eingeschlossen die, oft mehr als 30 Prozent der betroffenen Arbeiterschaft ausmachende Akkordarbeiter leer aus. Der am 9. Januar in Halle gefallene Schiedsspruch für die mitteldeutschen Metallarbeiter, die erst im vorigen Frühjahr mit einem verbindlich erklärten 2 Pf. Schiedsspruch um den Erfolg ihres fünfjährigen Kampfes betrogen wurden, berücksichtigt ebenfalls nur die Zeithörer. Und zwar sollen die Metallarbeiter der Gebiete Halle, Magdeburg, Anhalt und Thale im Durchschnitt 2 Pf. die Stunde, soweit sie Zeithörer sind, erhalten. Im Anhaltischen soll sich die Zulage auf 5½ — 7 Pf. erhöhen. Die Formier, Kernmacher, Guhner, Kesselschmiede und die Hilfsarbeiter dieser Berufe sollen 7 Pf. im Hallemer Gebiet erhalten. In Leistungsjahren sollen in Halle und Anhalt für über 20 Jahre alte Facharbeiter 1 bis 11 Pf., für Angelerne 1 bis 8 Pf., für Ungelehrte 1 bis 5 Pf. gezahlt werden. Die Auslösungen für Monteur sind um ein geringes erhöht worden. Diese Lohnregelung soll am 13. Januar 1929 in Kraft treten und mit vierwöchiger Kündigungsfrist bis 15. Februar 1930 Geltung haben.

Die Unternehmer hatten bekanntlich Lohnabbau gefordert, während der DMW 10 Pf. für alle Arbeiter verlangte. Der Schiedsspruch verfügt, die Arbeitertoni zu zerstören. Indem er einige an Zahl geringe Gruppen härter berücksichtigt. Die ungefähr 70 Prozent betragende Anzahl Akkordarbeiter dagegen erhält keine Aufbesserung ihrer Akkordpreise. Von den Lohnarbeitern erhält der größte Teil nur 2 Pf.

Der Schlichter hat die Wünsche der Unternehmer erfüllt, denn die paar Mark für die Zeithörer tun Ihnen nicht weh. Die Reformisten warten auf die Verbindlichkeitserklärung, um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten. Auf diesen provokatorischen Schiedsspruch müssen die Metallarbeiter entsprechend antworten. Diese Antwort muß die geschlossene Aufnahme des Kampfes unter Führung selbstgewählter einheitlicher Kampfleitungen sein.

Neue Urabstimmung in Königsberg

Königsberg, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Donnerstag abend nahmen die Königsberger Gemeindearbeiter zu dem von der Bürokratie abgeschlossenen Lohn-

abkommen Stellung. Der reformistische Gauleiter gab den Bericht und empfahl die Annahme des Abkommens. Während keiner Rede wurde er mehrmals von lärmenden Zwischenrufen unterbrochen. In der Diskussion verlangten die Betriebsarbeiter Ablehnung des Lohnabkommens und Ausnahme des Kampfes. Die Bürokratie setzte schließlich nochmalige Durchführung einer Urabstimmung durch. Diese stand gestern in Königsberg statt. Ein Resultat liegt bis zur Stunde noch nicht vor.

Kleine Tarifkündigung im Buchdruckergewerbe

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsteller mitteilte, ist der Buchdruckertarif von den Vertragsparteien nicht gekündigt worden. Die Geltungsdauer des Tarifs verlängert sich somit bis 31.3.1930. Ebenso verlängern sich die Reichtarife für das Buchdruckereihilfspersonal und für die in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinden. Dadurch bleiben für das gesamte Buchdruckergewerbe die bisherigen Tarifvereinbarungen auch weiterhin bestehen, so weit es sich um den Manteltarif handelt.

Die Arbeitslosigkeit steigt rasant

Berlin, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat während der zweiten Dezemberhälfte eine unheilige Steigerung erfahren. Um 402 000 erhöhte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 1 702 000. Das bedeutet eine Steigerung um 31 Prozent, während in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember die Steigerung 26,2 Prozent betrug.

Da am 31.12.1927 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1 118 000 betrug, übersteigt die Ziffer vom 31.12.1928 die des Vorjahrs um 514 000 bzw. 45 Prozent. Auch die Zahl der Kleinunterstützungsempfänger erhöhte vom 15. bis 31. Dezember 1928 eine Steigerung von etwa 10 Prozent und beträgt nunmehr 127 400.

Die amtlichen Zahlen über die Gewerbelosigkeit geben nur die Unterstützungsänger an. Die ungeheure Zahl der Nichtunterstützten wird überhaupt verschwiegen. Nach den Zahlen, die wir schon angegeben haben, ist die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen zur Zeit mit fast 3 Millionen zu beziffern, wovon allein nicht weniger als 700 000 überhaupt keine Unterstützung erhalten. Die Zahl der Nichtunterstützten wird aber in den nächsten Wochen rapid weitersteigen, da hunderttausende von Erwerbslosen, die nur 6 Wochen Unterstützung bekommen, Anfang Februar ausgesteuert werden.

2,5 Milliarden deutsche Jahreszahlungen?

Amerika über die Repto

Washington, 12. Januar (Eigene Drahtmeldung.)

In einer Sitzung des Weißen Hauses ließ Präsident Coolidge bekanntgeben, daß seine Informanten zufolge die einzige Aufgabe des Reparationskomitees in der Festlegung der denkmäßigen Belastungen besteht. Es bleibt nur noch übrig, über die Zahl der Annuitäten eine Einigung herzustellen. Da Coolidge von Carter Gilbert, Owen Young und den übrigen maßgebenden Personen informiert wurde, kann kein Zweifel bestehen, daß seine Erklärung gewissermaßen den amtlichen amerikanischen Standpunkt definiert, und daß damit noch vor dem Zusammentreffen der Sachverständigen 2½ Milliarden als annehmbare Annuität für Deutschland bezeichnet werden.

Der Präsident ließ weiterhin erneut seine Auffassung dahin präzisieren, daß die amerikanische Regierung der Beteiligung der amerikanischen Experten nur aus ausdrücklichen Wunsch Europas stimmen werde. Diese Experten seien keine amerikanischen Vertreter, ihre Berufung sei ausschließlich eine Angelegenheit der europäischen Regierungen. Erst wenn ein neuer Verteilungsschlüssel für die europäische Reparationsübereinkunft vereinbart werden müsse, würden die offiziellen diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten an solchen Beratungen teilnehmen. Amerika habe das deutsche Eigentum freigegeben, habe aber noch immer Interesse an einer Sicherung seiner Ansprüche gegen die deutschen Staatsangehörigen, sowie an den Kosten der Rheinlandbesetzung. Man dürfe auf ein befriedigendes Ergebnis hoffen, denn auch der Darmestadt-Plan habe sich als ein Erfolg erwiesen.

„Freundschaftliche“ Beziehungen zwischen der U.S.S.R. und Deutschland

Die SPD-Presse hat's. Endlich hat sie, endgültig und unzweckmäßig zum letzten Male das Doppelspiel der Kommunisten deutlich und klar aufgedeckt. Während die KPD, diese Krise Moskaus, nicht müde werden, die Kriegsvorbereitungen

gegen die Sowjetunion aufzuweisen und die Rolle des neuen deutschen Imperialismus in der Antisowjetfront signalisieren, sprechen man in Moskau von „freundschaftlichen“ Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Aha! Hat nicht erklärlich Stalin... usw. usw.? Jeder einfache Arbeiter versteht das, was die SPD-Schreiber scheinbar nicht verstanden wollen. Zwischen dem sozialistischen Rußland und dem kapitalistischen Deutschland besteht ein unverhältniswichtiger Gegensatz wie zwischen Feuer und Wasser. Aber solange das kapitalistische System in Deutschland besteht, solange die Massen noch nicht zur sozialen Revolution schreiten, solange der Sowjetstaat für den Aufbau seiner sozialistischen Wirtschaft Beziehungen nicht zu einem Rödeldeutschland, sondern zum kapitalistischen Deutschland unterhalten muss, müssen die Beziehungen zwischen den Regierungen offiziell sozialer Natur sein. Es zeugt von der Stärke und der unerschütterlichen Macht der Sowjetregierung, wenn festgestellt werden kann, daß Beziehungen nicht aufsässig und unsicher sind, sondern „freundschaftlich“ auf gegenseitigem, wirtschaftlichem Interesse beruhend. Nur Trottel oder Feinde werden diese Binsenweisheit nicht verstehen wollen.

Japanseitlicher Streit in Shanghai und Hankau

TU. London, 11. Januar. Wie aus Shanghai berichtet wird, sind in den dortigen japanischen Baumwollspinnereien 40 000 chinesische Arbeiter in den Streit getreten. Es handelt sich um einen Sympathiestreit mit den 40 000 in Hankau streitenden Arbeitern. Die Arbeiter in Hankau streiten, weil ein japanisches Militärauto einen chinesischen Fuß überfuhr und Japan eine Schadensersatzleistung ablehnte. Die Lage in Hankau gilt als ernst.

Witterungsaussichten für den 13. Januar. Abchwächung des Frostes, vorwiegend stark bewölkt und zeitweise neblig, vorübergehend auch etwas Schneefall nicht ausgeschlossen, mäßige Winde nördlicher Richtungen.

Oh, da werden viele Wurzeln gezogen! Oh, da steht am Ende mancher Bruch!

Proletarische Revolution, proletarische Diktatur heißt nicht, erfordert kein Recht, den entscheidenden Schritt zur Errichtung getan zu haben.

Proletarische Diktatur ist nicht Faulheit, ist Arbeit.

Proletarische Diktatur heißt selbstlos sein.

Proletarische Diktatur heißt, sich und den Genossen das Höchste einzutragen.

Proletarische Diktatur sind nicht Klubseß und Autos, ist höchste Anspannung der Kräfte.

Proletarische Diktatur ist nicht Frieden, ist Krieg nach außen und innen.

Proletarische Diktatur ist mehr als Maschinengewehre und Rote Gardaen.

Proletarische Diktatur nach endloser Mühe, nach Blut und Humaer, Arbeit, Terror, Verbrüderung und Menschlichkeit, ist die klassenlose Gesellschaft, ist erklärte Menschheit!

Der Kampf um die Freiheit ist ein uralter Kampf. Geschlechter und ganze Völker sind um sie gefallen. Sterbend und blutend riefen sie noch zu ihrem Nachkommen: „Voraus!“

Noch werden manche von uns die Freiheit nicht füllen, noch werden manche von uns den heiligen Tod im Kriegerkampf sterben; die anderen aber, du und du und ich, wir werden herstellen vom Berg Horeb in das gelobte Land. Dort wird nicht Milch und Honig, noch werden uns Wälder verführen und Blumen begrünen.

Nur die ewigen Sterne werden über uns sein.

Und wir werden aufrecht den Arbeiterstaat und Rote Garde werden, die Grenzen bewachen. Dann wollen wir unsere Sehnsucht und Träume gestalten.

Aber heute wollen wir uns ostwärts wenden wie Karl Liebknecht im November 1918, heute wollen wir rufen wie er: „Wir kommen, Genosse!“